



Haushalts- und Finanzausschuss

35. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

18. Januar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:03 Uhr bis 10:33 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Zuschuss zum Deutschlandticket für die Landesbeschäftigten – Landesregierung muss jetzt handeln **7**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4583

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

¹ vertraulicher Teil mit TOP 14 siehe vAPr 18/47

2 Gefahren für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit ernst nehmen – Die Landesregierung muss die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität intensivieren. 10

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4139
Ausschussprotokoll 18/450 (Anhörung am 12.12.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an IA)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss schließt die Beratung des Antrags ohne Abgabe eines Votums ab.

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer 11

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7202

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung durchführen.

4 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der Förderung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7241

– Wortbeiträge

Der Ausschuss schließt die Beratung des Antrags ohne Abgabe eines Votums ab.

- 5 Drittes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen (3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz Nordrhein-Westfalen – 3. NKFVG NRW)** 13
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7188
- keine Wortbeiträge
- Gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, das für Ende Januar angekündigte Protokoll abzuwarten und die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben, erhebt sich kein Widerspruch.
- 6 Kommunale Investitionen erleichtern, öffentliches Vermögen nachhaltig sichern und aufbauen – „Neues Kommunales Finanzmanagement“ weiterentwickeln** 14
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/7189
- keine Wortbeiträge
- Gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, das für Ende Januar angekündigte Protokoll abzuwarten und die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben, erhebt sich kein Widerspruch.
- 7 Auswirkung des Haushaltskompromisses der Ampel-Koalition im Bund (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1])** 15
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2101
- Wortbeiträge
- 8 Wachstumschancengesetz – Sachstand (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1])** 16
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2125
- Wortbeiträge

9 Grundsteuer – Entscheidung des Finanzgerichts von Rheinland-Pfalz
(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1]) **17**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2126

– Wortbeiträge

10 Wie steht die Landesregierung zu einem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **18**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2124

– keine Wortbeiträge

11 Ergebnisse der Steuereinnahmen im Jahr 2023 *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **19**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2138

– keine Wortbeiträge

12 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) gem. § 15 Abs. 3 Nr. 1 a) 1. Alternative Haushaltsgesetz (HHG) 2024; Unbebautes Grundstück in Lünen, Flur 21, Flurstück 355 (Sedan-Straße) **20**

Vorlage 18/2097

Der Ausschuss stimmt der Veräußerung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

13	Verschiedenes	21
a)	Beteiligungsbericht des Landes NRW für 2022	21
	Vorlage 18/2092	
b)	Unterrichtung gemäß § 9 Stabilitätsratsgesetz über die Beschlüsse und Beratungsunterlagen zur 28. Sitzung des Stabilitätsrats	21
	Vorlage 18/2100	

* * *

4 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der Förderung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7241

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend – sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 13.12.2023)

Der federführende Ausschuss habe beschlossen, eine Anhörung durchzuführen, teilt **Vorsitzende Carolin Kirsch** mit. Die abschließende Beratung und Abstimmung seien bereits für den 21. Februar 2024 vorgesehen. Angesichts der Zeitplanung rege sie an, kein Votum zu dem Gesetzentwurf abzugeben.

Simon Rock (GRÜNE) plädiert ebenfalls dafür, auf die Abgabe eines Votums zu verzichten.

Der Ausschuss schließt die Beratung des Antrags ohne Abgabe eines Votums ab.

